

Vordenken. Unser Land in 20 Jahren

Beschluss des Deutschlandtages in Cottbus
am 18. Oktober 2003 (Auszug)

Generationenverhältnis

Ein gutes Verhältnis der Generationen untereinander ist Grundvoraussetzung für ein positives gesellschaftliches Klima. Wir brauchen ein partnerschaftliches Miteinander. Die Diskussion der Fragen zur demographischen Entwicklung seitens unserer Generation ist kein Angriff auf die ältere Generation. Es geht lediglich darum, die berechtigten Interessen der Jüngeren zu vertreten. Da die Jungen nicht mehr auf den Schultern der Älteren, sondern die Älteren auf den Schultern der Jungen stehen werden, müssen auch die älteren Bürger ein Interesse haben, dass die Jüngeren die Belastungen durch die demographische Entwicklung tragen können.

Wir warnen daher vor einer unnötigen Polarisierung. Sie würde das Verhältnis zwischen den Generationen belasten und die Suche nach Lösungswegen erschweren. Vielmehr müssen sich die Generationen die anfallenden Aufgaben und Belastungen, ihren Möglichkeiten entsprechend, aufteilen. Gelingt dies nicht, droht ein Generationenkonflikt.

Politische Entscheidungsprozesse

Im Zuge des demographischen Wandels bilden die Älteren in der Gesellschaft ein immer größeres Machtpotenzial. Die Interessen der nachfolgenden Generationen werden hingegen häufig nicht ausreichend berücksichtigt, wie etwa bei der Staatsverschuldung, der Bildung sowie dem Rentensystem. Den Interessen der jüngeren Wählergeneration, die von den heutigen Parlaments- und Regierungsentscheidungen und ihren langfristigen Folgen am meisten betroffen sind, wird zwangsläufig weniger Rechnung getragen.

Bund, Länder und Gemeinden schieben einen Schuldenstand von 1,23 Billionen Euro vor sich her. Im bevölkerungsreichen Bundesland Nordrhein-Westfalen haben in den letzten 8 Jahren 30 Milliarden Euro neuer Schulden nicht dazu ausgereicht auch nur die Zinszahlungen in Höhe von 32 Milliarden zu bedienen. Die Substanz der Republik ist gefährdet. Zur Erhöhung des Bewusstseins für Generationengerechtigkeit und die Folgen von Entscheidungen für zukünftige Generationen in den Gesetzgebungsverfahren, fordern wir die Einführung einer Generationenbilanz. Ein solches Rechenwerk zeigt die mittel- und langfristigen Auswirkungen politischer Entscheidungen auf. Die Generationenbilanz soll zu einem

wesentlichen Bestandteil der Politik in Deutschland werden. Jede Ausgabe, die eine Erhöhung der Staatsverschuldung impliziert, muss überprüft, begründet und dargelegt werden. Dadurch werden die langfristigen Folgen gegenwärtiger Entscheidungen in das Zentrum des Bewusstseins gerückt. Die Generationenbilanz ist jedoch nur ein Instrument, das vorgegebene Ziele überprüfen kann, oder anhand dessen Ziele definiert werden können. Die Erstellung von Generationenbilanzen allein macht die Politik nicht besser, sondern lediglich transparenter. Politiker werden dadurch jedoch gezwungen, langfristig zu denken.

Eine wichtige Frage für die Generationengerechtigkeit ist in diesem Zusammenhang auch die Stärkung des ökologischen Bewusstseins. Aus diesem Grund muss bei politischen Entscheidungen auch die Frage nach der ökologischen Verträglichkeit als Querschnittsaufgabe angesehen werden. Alle politischen Entscheidungen sind somit auch auf die langfristige und nachhaltige ökologische Verträglichkeit zu überprüfen.